

advantage portfolio OP

(ab 1. Juni 2005 advantage portfolio vvv OP)

Halbjahresbericht zum 31. Dezember 2004

Fondsverwaltung:

OPPENHEIM KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT MBH

Vertrieb:

 **portfolio concept**

HALBJAHRESBERICHT

zum 31. Dezember 2004

2	advantage portfolio OP	1
	(ab 1. Juni 2005 advantage portfolio vvv OP)	
	— Fondsreport	
	— Auf einen Blick	
	— Vermögensaufstellung	
	— Devisenkurse	
8	Änderung der Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen	
9	Allgemeine Vertragsbedingungen	
13	Besondere Vertragsbedingungen	
16	Firmenspiegel	

advantage portfolio OP

2

Fondsreport**Kapitalmarktumfeld**

2004 war ein außerordentlich gutes Jahr für die Weltwirtschaft. Nach Überwindung der rezessiven Phase war mit einem Wachstum von annähernd 5 % die stärkste Dynamik seit Ende der 80er Jahre zu verzeichnen. Dabei handelte es sich um eine gleichgerichtete Konjunkturerholung in Nordamerika, Asien und Europa. Beherrschende Kapitalmarktthemen aber waren in der ersten Hälfte des laufenden Fondsgeschäftsjahres (01.07. bis 31.12.2004) andere – der hohe Ölpreis und die Dollarschwäche.

Beim Öl konnte von einer Verknappung keine Rede sein. Doch die lebhafte Nachfrage und der Aufbau von Lagerbeständen in Asien und Amerika machten den Markt anfällig gegen mögliche Produktionsausfälle. Vor diesem Hintergrund gab die unsichere Lage im Nahen Osten ebenso Anlaß zu Spekulationen wie der Kampf um den russischen Yukos-Konzern. Sie trieben den Preis von anfänglich 34 Dollar auf 40 Dollar, wobei auf dem Höhepunkt im Frühherbst mehr als 50 Dollar pro Barrel verlangt wurden. In der Wahrnehmung des Eurolandes wurde der Anstieg der Ölrechnung erträglicher gemacht durch die Abwertungstendenz beim US-Dollar. Die amerikanische Valuta erlebte den schärfsten Einbruch seit Jahren; kostete ein Euro noch Anfang Juli weniger als 1,22 USD, so wurden am Berichtsstichtag über 1,35 USD gezahlt. Durch diesen Wechselkurseffekt hielten sich die Auswirkungen der Energiekosten auf die Geldwertstabilität hierzulande insgesamt in Grenzen.

Die Erholung der Unternehmensgewinne setzte sich mit beachtlichen Steigerungsraten fort. Viele Firmen beteiligten ihre Aktionäre durch Ausschüttung bzw. Erhöhung von Dividenden an diesem Erfolg. Im Zuge von Sparmaßnahmen waren zuvor Finanzpolster entstanden, denen vielfach keine vergleichbaren Investitionsvorhaben gegenüberstanden. Trotz der großzügigen Ausschüttungspolitik, die manchen Standardwert unter Renditeaspekten in die Nähe oder sogar über das Niveau von Staatsanleihen brachte, tendierten die Weltbörsen nur unter Schwankungen aufwärts. Damit wurde das Bewertungsniveau der Aktien für Neuanlagen interessanter, und die Rückschlagsgefahr verminderte sich aus fundamentaler Sicht. Der MSCI-Weltaktienindex stieg – in Dollar gerechnet – binnen sechs Monaten um 10,1 %. Dieses erfreuliche Plus verwandelte sich bei Umrechnung in Euro allerdings in ein Minus von 1,5 %.

Anlagepolitik

advantage portfolio OP wurde am 18. Februar 2000 aufgelegt. Der Dachfonds investiert unter langfristigen Gesichtspunkten in aussichtsreiche Branchen- und Regionenfonds. Das aktive Managementkonzept ermöglicht es, auf die jeweilige Marktsituation zu reagieren.

Anlagestrategie und -ergebnis

Der Anteilwert des advantage portfolio OP stieg in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres (01.07. bis 31.12.2004) um 3,6 %**.

** berechnet gemäß Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI)

Auf einen Blick

3

	30.06.2004	31.12.2004
	EUR	EUR
Fondsvermögen (Mio.)	6,3	6,1
Anteile im Umlauf (Stück)	230.585	216.234
Ausgabepreis (pro Anteil)	28,71	29,67
Rücknahmepreis (pro Anteil)	27,34	28,26

Die größten Einzelwerte

Wertpapier-Sondervermögen	%
Fidelity Funds-European Growth	13,1%
M&G Global Basics Class A	10,0%
UBS (LUX) Equities SICAV - USA Value	9,7%
Griffin Umbrella.Funds - Eastern Europe	7,5%
Pioneer Mid-Cap Value Fund.	6,8%
Trinkaus Optima US Equities	6,3%
Nordea 1 - North American Val. Fund B	6,2%
Fidelity America Growth -A-	6,0%

Vermögensaufstellung

Gattungsbezeichnung	Bestand	Zugänge	Abgänge	Kurs	Kurswert	% -Anteil
	Stück bzw. Anteile	im Berichtszeitraum			in EUR	am Fonds-
	bzw. Anteile	Währung in 1.000				vermögen

■ Amtlich gehandelte Wertpapiere

■ Wertpapier-Investmentanteile

Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile	STK			EUR		
ACTIVEST LUX TOTALRETURN D	5.000	6.000	1.000	53,8600	269.300,00	4,41
ADIG FONDAK	4.460	0	0	74,2500	331.155,00	5,42
DIT-EURO BOND TOTAL RETURN	5.750	5.750	0	56,9000	327.175,00	5,35
FIDELITY FDS-EUROPEAN GROWTH SHS A (GLOBALURKUNDE)	100.100	0	0	8,0210	802.902,10	13,14
GAM STAR JAPAN EQUITY REG.INC.SHS EUR CLASS	1.870	0	0	100,4272	187.798,86	3,07
GRIFFIN UMBRELLA FD-GRIFFIN EASTERN EUROPEAN FD REG.SHS	1.300	0	0	352,2600	457.938,00	7,50
M&G INVESTMENT (1) -M&G GLOBAL BASICS CLASS A	47.600	0	0	12,7900	608.804,00	9,96
THREADNEEDLE INV.FDS-EUROPEAN SMALLER COMPANIES GROWTH FD KL.1	80.000	80.000	0	1,9264	154.112,00	2,52
Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile	STK			USD		
FIDELITY FDS-AMERICAN GROWTH FD REG.SHS A (GLOBALURKUNDE)	21.250	0	0	23,5100	366.723,56	6,00
INVESCO GT FDS-INV.GT JAPAN ENTERPRISE REG.SHS A	10.900	0	0	26,9200	215.391,62	3,53
NORDEA 1 - NORTH AMERICAN VALUE FD BP	1.300	0	0	397,0500	378.892,31	6,20
PIONEER MID-CAP VALUE FUND REG.SHS CLASS A	22.960	0	0	24,8100	418.144,02	6,84
THREADNEEDLE INV.FDS ICVC-LATIN AMERICA GROWTH FD KL.1	108.000	0	0	1,5381	121.937,02	2,00
TRINKAUS OPTIMA US EQUITIES	2.920	0	0	179,5900	384.939,29	6,30
UBS (L) EQUITY SICAV - USA VALUE	4.360	0	0	186,0300	595.383,40	9,74
WORLDWIDE INVESTORS PORTFOLIO SICAV - U.S. VALUE FD A	9.400	0	0	49,2600	339.898,70	5,56
Summe der Wertpapier-Investmentanteile					5.960.494,88	97,55
Summe Wertpapiervermögen					5.960.494,88	97,55

Derivate

(Bei den mit Minus gekennzeichneten Beständen handelt es sich um verkaufte Positionen)

■ Devisen-Derivate

Forderungen/Verbindlichkeiten

■ Absicherung von Beständen

Devisenterminkontrakte (Verkauf)

Offene Positionen

USD 2,8 Mio.	-4.699,39	-0,08
Summe der Devisen-Derivate	-4.699,39	-0,08

Vermögensaufstellung

Gattungsbezeichnung	Bestand	Zugänge	Abgänge	Kurs	Kurswert	% -Anteil
		im Berichtszeitraum			in EUR	am Fonds-
	Stück bzw. Anteile	bzw. Währung in 1.000				vermögen

■ Bankguthaben, Geldmarktpapiere und Geldmarktfonds**Bankguthaben**

EUR-Guthaben					161.304,24	2,64
Summe der Bankguthaben, Geldmarktpapiere und Geldmarktfonds					161.304,24	2,64

■ Sonstige Vermögensgegenstände

	EUR		
Zinsansprüche	304,85		
Summe der sonstigen Vermögensgegenstände		304,85	0,00

■ Sonstige Verbindlichkeiten

	EUR		
Sonstige Verbindlichkeiten	-7.514,84		
Summe der sonstigen Verbindlichkeiten		-7.514,84	-0,12

Investmentfondsanteil - Sondervermögen	EUR	6.109.889,74	100,00
Anteilwert (in EUR)			28,26
Umlaufende Anteile (in STK)			216.234
Bestand der Wertpapiere am Fondsvermögen (in %)			97,55
Bestand der Derivate am Fondsvermögen (in %)			-0,08

In- und ausländische Wertpapiere sowie andere Vermögenswerte wurden am 30.12.2004 zu den letztbekannten Kursen bzw. Marktsätzen bewertet.
Im Berichtszeitraum wurden Transaktionen für Rechnung des Sondervermögens überwiegend durch im Konzernverbund stehende oder über wesentliche Beteiligungen verbundene Unternehmen ausgeführt.

Während des Berichtszeitraumes abgeschlossene Geschäfte, sofern sie nicht mehr in der Vermögensaufstellung erscheinen

Käufe und Verkäufe in Wertpapieren, Investmentanteilen und
Schuldscheindarlehen (Marktzuordnung zum Berichtsstichtag):

Gattungsbezeichnung

Zugänge Abgänge
Stück bzw. Anteile bzw. Währung in 1.000

■ Wertpapier-Investmentanteile

KAG-eigene Wertpapier-Investmentanteile	STK	STK
OP MONEYMARKET EURO	0	14.870

Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile	STK	STK
NORDEA 1 - FAR EASTERN VALUE FD BP	0	1.976

Devisenkurse

Auf ausländische Währung lautende Vermögenswerte werden zu dem börsentäglich unter Zugrundelegung des Morning-Fixings der Reuters AG um 10.00 Uhr ermittelten Devisenkurs der Währung in EUR umgerechnet (ohne Währungssicherungsgeschäfte).

US-Dollar	1 EUR	=	USD	1,362300
------------------	-------	---	-----	----------

Während des Berichtszeitraumes abgeschlossene Geschäfte, sofern sie nicht mehr in der Vermögensaufstellung erscheinen

Derivate

(In Opening-Transaktionen umgesetzte Optionsprämien bzw. Volumen der Optionsgeschäfte, bei Optionsscheinen Angabe der Käufe und Verkäufe.)

Absicherung von Beständen

Devisenterminkontrakte (Verkauf)

Verkauf von Devisen auf Termin	Volumen in 1.000 EUR
USD	5.386

Anmerkungen zu Investmentanteilen

	Verwaltungs- vergütung ¹⁾
--	-----------------------------------------

Investmentanteile	%
ACTIVEST LUX TOTALRETURN D	0,90 p.a.
ADIG FONDAK	bis zu 1,00 p.a.
DIT-EURO BOND TOTAL RETURN	1,50 p.a.
FIDELITY FDS-AMERICAN GROWTH FD REG.SHS A (GLOBALURKUNDE)	1,50 p.a.
FIDELITY FDS-EUROPEAN GROWTH SHS A (GLOBALURKUNDE)	1,50 p.a.
GAM STAR JAPAN EQUITY REG.INC.SHS EUR CLASS	bis zu 1,85 p.a.
GRIFFIN UMBRELLA FD-GRIFFIN EASTERN EUROPEAN FD REG.SHS	1,25 p.a. ²⁾
INVESCO GT FDS-INV.GT JAPAN ENTERPRISE REG.SHS A	1,50 p.a.
M&G INVESTMENT (1) -M&G GLOBAL BASICS CLASS A	bis zu 2,00 p.a.
NORDEA 1 - FAR EASTERN VALUE FD BP	1,50 p.a.
NORDEA 1 - NORTH AMERICAN VALUE FD BP	1,50 p.a.
PIONEER MID-CAP VALUE FUND REG.SHS CLASS A	bis zu 0,80 p.a.
THREADNEEDLE INV.FDS ICVC- LATIN AMERICA GROWTH FD KL.1	1,50 p.a.
THREADNEEDLE INV.FDS-EUROPEAN SMALLER COMPANIES GROWTH FD KL.1	1,50 p.a.
TRINKAUS OPTIMA US EQUITIES	bis zu 2,80 p.a.
UBS (L) EQUITY SICAV - USA VALUE	1,80 p.a.
WORLDWIDE INVESTORS PORTFOLIO SICAV - U.S. VALUE FD A	1,25 p.a.

1) von anderen Kapitalanlagegesellschaften bzw. ausländischen Investmentgesellschaften berechnete Verwaltungsvergütung
2) zzgl. erfolgsbezogene Vergütung

Im Berichtszeitraum wurden keine Ausgabeaufschläge/Rücknahmeabschläge gezahlt.

ÄNDERUNG DER ALLGEMEINEN UND BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN ZUM

Die nicht der Genehmigungspflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegende Regelung des § 21 Abs. 1 der Besonderen Vertragsbedingungen wird geändert und erhält ab 1. Juni 2005 nachfolgende Fassung:

- (1) Für die Verwaltung des Sondervermögens erhält die Gesellschaft täglich eine Vergütung von $\frac{1}{365}$ von bis zu 2 % des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.

Außerdem erhält die Gesellschaft bei Zinsswaps eine Provision von bis zu 0,05 % des Nominalvolumens sowie 20 % der durch Wertpapier-Darlehensgeschäfte für das Sondervermögen erwirtschafteten Erträge.

Mit Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden die Allgemeinen Vertragsbedingungen und Besonderen Vertragsbedingungen des oben genannten Fonds mit Wirkung vom 1. Juni 2005 an die durch das Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen geschaffene Gesetzeslage angepaßt.

Im Zuge des Gesetzes zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen wurde die bislang bekannte Typisierung der Sondervermögen aufgegeben. Nunmehr wird grundsätzlich unterschieden zwischen Sondervermögen, die konform zur europäischen Investmentrichtlinie sind und solchen Sondervermögen, welche Regelungen enthalten, die hierzu nicht konform sind. Das vorliegende Sondervermögen ist ein sogenanntes richtlinienkonformes Investmentfondsanteil-Sondervermögen.

Die bekannten Anlagegrenzen wurden im wesentlichen beibehalten.

Das Gesetz sieht nunmehr vor, daß Änderungen der Vertragsbedingungen nicht mehr zwangsläufig im Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen sind. Die Gesellschaft wird zukünftig auf ihrer Internet-Homepage sowie im elektronischen Bundesanzeiger etwaige Änderungen veröffentlichen.

Darüber hinaus wurde die Verpflichtung, bestimmte für den Anleger interessante Angaben zu machen, gesetzlich verankert. Zu nennen sind hier beispielhaft der Ausweis einer Total Expense Ratio, der Berechnung einer Pauschalgebühr und gegebenenfalls einer wertentwicklungsabhängigen Gebühr sowie der Ausweis einer etwaigen Bestandsprovision in den Verkaufsunterlagen.

Mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhält das Sondervermögen advantage portfolio OP ab dem 1. Juni 2005 die Namensbezeichnung advantage portfolio vvv OP. Die Aufnahme eines neuen Vertriebspartners machte diese Änderung erforderlich

Der vollständige Wortlaut der Allgemeinen Vertragsbedingungen und der Besonderen Vertragsbedingungen lautet zukünftig wie folgt:

ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für die von der Gesellschaft aufgelegten *richtlinienkonformen Investmentfondsanteil-Sondervermögen*, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen aufgestellten „Besonderen Vertragsbedingungen“ gelten.

§ 1 Grundlagen

- (1) Die Gesellschaft ist eine Kapitalanlagegesellschaft und unterliegt den Vorschriften des Investmentgesetzes (InvG).
- (2) Sie legt bei ihr eingelegtes Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem InvG zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an. Über die hieraus sich ergebenden Rechte der Anleger werden von ihr Urkunden (Anteilscheine) ausgestellt.

§ 2 Depotbank

- (1) Die Gesellschaft bestellt ein Kreditinstitut als Depotbank; die Depotbank handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger.
- (2) Der Depotbank obliegen die nach dem InvG und diesen Vertragsbedingungen vorgeschriebenen Aufgaben.

§ 3 Fondsverwaltung

- (1) Die Gesellschaft erwirbt und verwaltet die Vermögensgegenstände im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes. Sie handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anleger und der Integrität des Marktes.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, mit dem von den Anlegern eingelegten Geld die Vermögensgegenstände zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen; sie ist ferner ermächtigt, alle sich aus der Verwaltung der Vermögensgegenstände ergebenden sonstigen Rechtshandlungen vorzunehmen.
- (3) Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger weder Gelddarlehen gewähren noch Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder einem Garantievertrag eingehen; sie darf keine Vermögensgegenstände nach Maßgabe

der §§ 47, 48 und 50 InvG verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sondervermögen gehören. § 51 InvG bleibt unberührt.

§ 4 Anlagegrundsätze

- (1) Die Gesellschaft erwirbt für Rechnung eines Sondervermögens Anteile an inländischen richtlinienkonformen Sondervermögen und ausländische EG-Investmentanteile im Sinne des InvG. Anteile an anderen inländischen Sondervermögen und ausländische Investmentanteile, die keine EG-Investmentanteile sind sowie Anteile an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital können erworben werden, sofern
 - a) diese nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer wirksamen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Anleger unterstellen und ausreichende Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht,
 - b) das Schutzniveau des Anlegers dem Schutzniveau eines Anlegers in einem inländischen richtlinienkonformen Sondervermögen im Sinne des InvG gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung der Vermögensgegenstände, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,
 - c) die Geschäftstätigkeit Gegenstand von Jahres- und Halbjahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,
 - d) die Anteile dem Publikum ohne eine Begrenzung der Zahl der Anteile angeboten werden und die Anleger das Recht zur Rückgabe der Anteile haben.
- (2) Anteile an inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, EG-Investmentanteile und ausländische Investmentanteile darf die Gesellschaft nur erwerben, wenn nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung der Kapitalanlagegesellschaft, der Investmentaktiengesellschaft oder der ausländischen Investmentgesellschaft insgesamt höchstens 10 Prozent des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen inländischen Sondervermögen, Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital oder ausländischen Investmentvermögen i.S.v. § 50 InvG angelegt werden dürfen.

- (3) Die Gesellschaft bestimmt in den „Besonderen Vertragsbedingungen“
- die Grundsätze, nach denen die zu erwerbenden Anteile ausgewählt werden;
 - die Arten der Sondervermögen, der Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital und der von ausländischen Investmentgesellschaften verwalteten Vermögen, deren Anteile für das Sondervermögen erworben werden dürfen;
 - der Anteil des Sondervermögens, der höchstens in Anteilen der jeweiligen Art gehalten werden darf;
 - ob und in welchem Umfang und mit welchem Zweck für Rechnung des Sondervermögens Geschäfte in Derivaten getätigt werden dürfen. Beim Einsatz von Derivaten wird die Gesellschaft die gemäß § 51 Abs. 3 InvG erlassene Rechtsverordnung über Risikomanagement und Risikomessung in Sondervermögen (DerivateV) beachten.
- (4) Die Gesellschaft darf daneben bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten gemäß Abs. 5 und 6 sowie Geldmarktfondsanteilen anlegen, sofern in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist.
- (5) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Die auf Sperrkonten zu führenden Guthaben können bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unterhalten werden, die Guthaben können auch bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind, gehalten werden, wenn dies in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegt ist. Sofern in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist, können die Bankguthaben auch auf Fremdwährung lauten. Ein Mindestbankguthaben ist nicht vorgeschrieben.
- (6) Die Gesellschaft darf vorbehaltlich des § 5 Abs. 4 für Rechnung des Sondervermögens Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie verzinsliche Wertpapiere, die zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für das Sondervermögen eine restliche Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben oder deren Verzinsung nach den Ausgabebedingungen während ihrer gesamten Laufzeit regelmäßig, mindestens aber einmal in zwölf Monaten, marktgerecht angepaßt wird (Geldmarktinstrumente), erwerben. Geldmarktinstrumente dürfen für das Sondervermögen nur erworben werden, wenn sie begeben werden
- a) vom Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
 - b) von einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
 - c) von der Europäischen Union oder einem Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist,
 - d) von einer Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens

- über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank,
 - e) von einer internationalen Organisation, der auch die Bundesrepublik Deutschland als Vollmitglied angehört,
 - f) von einem Unternehmen, dessen Wertpapiere an einer inländischen oder ausländischen Börse zum amtlichen Markt oder organisierten Markt zugelassen sind,
 - g) von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind,
 - h) von einem Unternehmen, dessen Eigenkapital mindestens 10 Millionen Euro beträgt und das seinen Jahresabschluß nach den Vorschriften der Vierten Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003, erstellt,
 - i) von einem Konzernunternehmen im Sinne des § 18 des Aktiengesetzes, wenn ein anderes Unternehmen desselben Konzerns, das die Anforderungen der Buchstaben f), g) oder h) erfüllt, für die Verzinsung und Rückzahlung dieser Geldmarktinstrumente die Gewährleistung übernommen hat,
 - j) von einem Rechtsträger, dessen Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, wertpapiermäßig unterlegte Verbindlichkeiten im Markt zu plazieren, sofern der Rechtsträger über Kreditlinien eines Kreditinstituts zur Liquiditätssicherung verfügt und die Emission oder der Emittent dieser Instrumente Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegen. Die Geldmarktinstrumente können auch auf Fremdwährung lauten.
- (7) Ferner darf die Gesellschaft für Rechnung eines Sondervermögens auch Geldmarktinstrumente erwerben, für deren Verzinsung und Rückzahlung einer der in Abs. 6 Buchstabe a) bis e) oder g) bezeichneten Aussteller die Gewährleistung übernommen hat.
- (8) Die Gesellschaft soll für das Sondervermögen nur solche Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen.

§ 5 Anlagegrenzen

- (1) Bei der Verwaltung hat die Gesellschaft die im InvG und die in den Vertragsbedingungen festgelegten Grenzen und Beschränkungen zu beachten.
- (2) Der Wert der Investmentanteile gemäß § 4 Abs. 1 darf insgesamt 51 % des Wertes des Sondervermögens nicht unterschreiten.
- (3) Die Gesellschaft darf in Anteilen an einem einzigen Investmentvermögen nach Maßgabe des § 4 Abs. 1 nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Anteilen an Investmentvermögen nach Maßgabe des § 4 Absatz 1 Satz 2 darf die Gesellschaft insgesamt nur bis zu 30 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens nicht mehr als 25

Prozent der ausgegebenen Anteile eines anderen Sondervermögens oder ausländischen Investmentvermögens erwerben.

- (4) Die Gesellschaft darf nur bis zu 10 % des Wertes des Sondervermögens insgesamt anlegen in
- a) Geldmarktinstrumenten von Ausstellern, die nicht den Anforderungen des § 48 InvG genügen,
 - b) Forderungen aus Gelddarlehen, die keine Geldmarktinstrumente i. S. d. § 48 InvG sind, Teilbeträge eines von einem Dritten gewährten Gesamtdarlehens sind und über die ein Schuldschein ausgestellt ist (Schuldscheindarlehen), sofern diese Forderungen nach dem Erwerb für das Sondervermögen mindestens zweimal abgetreten werden können und das Darlehen gewährt wurde
 - dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, den Europäischen Gemeinschaften oder einem Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist,
 - einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, für die nach Artikel 44 der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. März 2000 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute die Gewichtung Null bekannt gegeben worden ist,
 - sonstigen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
 - Unternehmen, die Wertpapiere ausgegeben haben, die an einer inländischen oder ausländischen Börse zum amtlichen Markt zugelassen sind, oder
 - anderen Schuldnern, sofern eine der in Buchstabe d), erster bis dritter Spiegelstrich genannten Stellen die Gewährleistung für die Verzinsung und Rückzahlung übernommen hat.
- (5) Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Bankguthaben im Sinne des § 49 InvG bei je einem Kreditinstitut anlegen.
- (6) Die Gesellschaft darf in Geldmarktinstrumenten, bei denen dasselbe Unternehmen im Sinne des § 48 Abs. 1 Nr. 8 InvG Aussteller ist oder die Gewährleistung übernommen hat, insgesamt nur bis zu 5 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen; sie darf in Geldmarktinstrumenten, bei denen dasselbe Unternehmen im Sinne des § 48 Abs. 1 Nr. 8 InvG Aussteller ist oder die Gewährleistung übernommen hat und dessen Eigenkapital weniger als 25 Millionen Euro beträgt, nur bis zu 2 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Geldmarktinstrumenten nach Satz 1 dürfen insgesamt nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt werden. In Geldmarktinstrumenten im Sinne des § 52 Abs. 1 Nr. 2 InvG desselben Ausstellers darf die Gesellschaft nur bis zu 2 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen.
- (7) Die Gesellschaft darf für ein Sondervermögen bei ein und derselben Einrichtung nur bis zu 20 Prozent des Wertes des

Sondervermögens in eine Kombination der folgenden Vermögensgegenstände anlegen:

- von dieser Einrichtung begebene Geldmarktinstrumente,
- Bankguthaben bei dieser Einrichtung,
- von dieser Einrichtung erworbene Derivate, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen anderen organisierten Markt einbezogen sind.

Die jeweiligen Einzelobergrenzen bleiben unberührt.

§ 6 Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen

- (1) Die Gesellschaft darf alle Vermögensgegenstände dieses Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen übertragen oder alle Vermögensgegenstände eines anderen Sondervermögens in dieses Sondervermögen übernehmen, wenn
 - a) beide Sondervermögen von der Gesellschaft verwaltet werden,
 - b) die Anlagegrundsätze und -grenzen nach den Vertragsbedingungen für diese Sondervermögen nicht wesentlich voneinander abweichen,
 - c) die an die Gesellschaft und die Depotbank zu zahlenden Vergütungen sowie die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge nicht wesentlich voneinander abweichen,
 - d) die Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens zum Geschäftsjahresende des übertragenden Sondervermögens (Übertragungsstichtag) erfolgt, am Übertragungsstichtag die Werte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens berechnet werden, das Umtauschverhältnis festgelegt wird, die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten übernommen werden und der gesamte Übernahmevorgang vom Abschlussprüfer geprüft wird und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) die Übertragung der Vermögensgegenstände, bei der die Interessen der Anleger ausreichend gewahrt sein müssen, genehmigt hat.
- (2) Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernommenen und des aufnehmenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Die neuen Anteile des übernehmenden Sondervermögens gelten bei den Anlegern des übertragenden Sondervermögens mit Beginn des dem Übertragungsstichtag folgenden Tages als ausgegeben.
- (3) Absatz 1 Buchstabe c) gilt nicht für die Zusammenlegung einzelner Sondervermögen zu einem einzigen Sondervermögen mit unterschiedlichen Anteilklassen. In diesem Fall ist statt des Umtauschverhältnisses nach Abs. 2 Satz 1 der Anteil der Anteilklasse an dem Sondervermögen zu ermitteln.

§ 7 Darlehen

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens einem Wertpapier-Darlehensnehmer gegen ein marktgerechtes Entgelt nach Übertragung ausreichender Sicherheiten ein Wertpapier-Darlehen auf unbestimmte oder bestimmte Zeit insoweit gewähren, als der Kurswert der zu übertragenden Wertpapiere zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sondervermögens demselben Wertpapier-Darlehensnehmer bereits als Wertpapier-Darlehen übertragenen Wertpapiere 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigt. Der Kurswert der für eine bestimmte Zeit zu übertragenden Wertpapiere darf zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sondervermögens bereits als

Wertpapier-Darlehen für eine bestimmte Zeit übertragenen Wertpapiere 15 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigen.

- (2) Wird die Sicherheit für die übertragenen Wertpapiere vom Wertpapier-Darlehensnehmer in Guthaben erbracht, darf die Gesellschaft von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese Guthaben in Geldmarktinstrumente im Sinne des § 48 InvG in der Währung des Guthabens anzulegen. Die Erträge aus Sicherheiten stehen dem Sondervermögen zu.
- (3) Die Gesellschaft kann sich auch eines von einer Wertpapiersammelbank oder von einem anderen in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Unternehmen, dessen Unternehmensgegenstand die Abwicklung von grenzüberschreitenden Effktengeschäften für andere ist, organisierten Systems zur Vermittlung und Abwicklung der Wertpapier-Darlehen bedienen, welches von den Anforderungen der §§ 54 und 55 InvG abweicht, wenn durch die Bedingungen dieses Systems die Wahrung der Interessen der Anleger gewährleistet ist.
- (4) Sofern die Gesellschaft Darlehen in Bezug auf andere für das Sondervermögen erwerbbarer Vermögensgegenstände gewähren darf, erfolgt eine Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

§ 8 Pensionsgeschäfte

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens Wertpapier-Pensionsgeschäfte im Sinne von § 340b Abs. 2 Handelsgesetzbuch gegen Entgelt mit Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten abschließen.
- (2) Die Pensionsgeschäfte müssen Wertpapiere zum Gegenstand haben, die nach den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen erworben werden dürfen.
- (3) Die Pensionsgeschäfte dürfen höchstens eine Laufzeit von 12 Monaten haben.
- (4) Sofern die Gesellschaft Pensionsgeschäfte in Bezug auf andere, nach den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen erwerbbarer Vermögensgegenstände abschließen darf, erfolgt eine Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

§ 9 Kreditaufnahme

Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 Prozent des Sondervermögens aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Depotbank der Kreditaufnahme zustimmt. Hierbei sind Beträge, die die Gesellschaft als Pensionsgeber im Rahmen eines Pensionsgeschäftes erhalten hat, anzurechnen.

§ 10 Anteilscheine

- (1) Die Anteilscheine lauten auf den Inhaber und sind über einen Anteil oder eine Mehrzahl von Anteilen ausgestellt.
- (2) Die Anteile können verschiedene Rechte hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, des Rücknahmeabschlages, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung oder einer Kombination dieser Merkmale (Anteilklassen) haben. Die Einzelheiten sind in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegt.

- (3) Die Anteilscheine tragen mindestens die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Gesellschaft und der Depotbank. Darüber hinaus weisen sie die eigenhändige Unterschrift einer Kontrollperson der Depotbank auf.
- (4) Die Anteile sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilscheines gehen die in ihm verbrieften Rechte über. Der Gesellschaft gegenüber gilt in jedem Falle der Inhaber des Anteilscheines als der Berechtigte.
- (5) Sofern die Rechte der Anleger bei der Errichtung des Sondervermögens oder die Rechte der Anleger einer Anteilklasse bei Einführung der Anteilklasse nicht in einer Globalurkunde, sondern in einzelnen Anteilscheinen oder in Mehrfachurkunden verbrieft werden sollen, erfolgt die Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

§ 11 Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen, Rücknahmeaussetzung

- (1) Die Anzahl der ausgegebenen Anteile und entsprechenden Anteilscheine ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen.
- (2) Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.
- (3) Die Anleger können von der Gesellschaft die Rücknahme der Anteile verlangen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sondervermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Depotbank.
- (4) Der Gesellschaft bleibt jedoch vorbehalten, die Rücknahme der Anteile auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.

§ 12 Ausgabe- und Rücknahmepreise

- (1) Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile wird der Wert der zu dem Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände (Inventarwert) zu den in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Zeitpunkten ermittelt und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt (Anteilwert). Werden gemäß § 10 Absatz 2 unterschiedliche Anteilklassen für das Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilklasse gesondert zu ermitteln. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß den Grundsätzen für die Kurs- und Preisfeststellung, die im InvG und den auf dieser Grundlage erlassenen Verordnungen genannt sind.
- (2) Der Ausgabepreis entspricht dem Anteilwert zuzüglich eines in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ gegebenenfalls festgesetzten Ausgabeaufschlags. Der Rücknahmepreis entspricht dem Anteilwert abzüglich eines gegebenenfalls in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgesetzten Rücknahmeabschlages. Sofern vom Anleger außer dem Ausgabeaufschlag oder Rücknahmeabschlag sonstige Kosten zu entrichten sind, ist deren Höhe und Berechnung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ anzugeben.
- (3) Der Abrechnungsstichtag für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge ist spätestens der auf den Eingang des Anteilsab-

rufs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag, soweit in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist.

§ 13 Kosten

In den „Besonderen Vertragsbedingungen“ werden die Aufwendungen und die der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die dem Sondervermögen belastet werden können, genannt. Für Vergütungen im Sinne von Satz 1 ist in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ darüber hinaus anzugeben, nach welcher Methode, in welcher Höhe und auf Grund welcher Berechnung sie zu leisten sind.

§ 14 Rechnungslegung

- (1) Spätestens drei Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres des Sondervermögens macht die Gesellschaft einen Jahresbericht einschließlich Ertrags- und Aufwandsrechnung gemäß § 44 Abs. 1 InvG bekannt.
- (2) Spätestens zwei Monate nach der Mitte des Geschäftsjahres macht die Gesellschaft einen Halbjahresbericht gemäß § 44 Abs. 2 InvG bekannt.
- (3) Wird das Recht zur Verwaltung des Sondervermögens während des Geschäftsjahres auf eine andere Kapitalanlagegesellschaft übertragen, so hat die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Zwischenbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß § 44 Abs. 1 InvG entspricht.
- (4) Die Berichte sind bei der Gesellschaft und der Depotbank und weiteren Stellen, die im Verkaufsprospekt anzugeben sind, erhältlich; sie werden ferner im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht.

§ 15 Kündigung und Abwicklung des Sondervermögens

- (1) Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Sondervermögens mit einer Frist von mindestens dreizehn Monaten durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen.
- (2) Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, das Sondervermögen zu verwalten. In diesem Falle geht das Sondervermögen bzw. das Verfügungsrecht über das Sondervermögen auf die Depotbank über, die es abzuwickeln und an die Anleger zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die der Gesellschaft zustehende Vergütung beanspruchen. Mit Genehmigung der Bundesanstalt kann die Depotbank von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalanlagegesellschaft die Verwaltung des Sondervermögens nach Maßgabe der bisherigen Vertragsbedingungen übertragen.
- (3) Die Gesellschaft hat auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht nach Maßgabe des § 38 InvG erlischt, einen Auflösungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht nach § 44 Abs. 1 InvG entspricht.

§ 16 Änderungen der Vertragsbedingungen

- (1) Die Gesellschaft kann die Vertragsbedingungen ändern.
- (2) Änderungen der Vertragsbedingungen, mit Ausnahme der Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die zu Lasten des Sondervermögens gehen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG), bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt. Soweit die Änderungen nach Satz 1 Anlagegrundsätze des Sondervermögens betreffen, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.
- (3) Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht und treten – mit Ausnahme der Änderungen nach Absätzen 4 und 5 – frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger in Kraft, soweit nicht mit Zustimmung der Bundesanstalt ein früherer Termin genannt wird. In einer Veröffentlichung nach Satz 1 ist auf die vorgesehenen Änderungen und ihr In-Kraft-Treten hinzuweisen.
- (4) Änderungen von Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG) treten 13 Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 2.
- (5) Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Sondervermögens treten 13 Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 2.

§ 17 Erfüllungsort, Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort ist der Sitz der Gesellschaft.
- (2) Hat der Anleger im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist der Sitz der Gesellschaft Gerichtsstand.

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft aufgelegte *richtlinienkonforme Investmentfondsanteil-Sondervermögen* **advantage portfolio vvv OP**, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gelten.

§ 18 Depotbank

Depotbank für das Sondervermögen ist das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien mit Sitz in Köln/Frankfurt am Main.

Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen

§ 19 Anlagegrundsätze

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen erwerben:

1. Investmentanteile gemäß § 50 InvG,
2. Derivate gemäß § 51 InvG,
3. Geldmarktinstrumente gemäß § 48 InvG, in- und ausländischer Aussteller.

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen daneben ferner

4. Bankguthaben gemäß § 49 InvG halten.

§ 20 Anlagegrenzen

(1) Anlageschwerpunkt

Für das Sondervermögen sollen zu mindestens 51 % Anteile an Wertpapier-Sondervermögen bzw. denen vergleichbare ausländische Investmentvermögen erworben werden, die entsprechend den Vertragsbedingungen ihrerseits überwiegend in Aktien angelegt sind.

Daneben können bis zu 49 % des Investmentfondsanteil-Sondervermögens auch Anteile an Geldmarkt-Sondervermögen bzw. denen vergleichbare ausländische Investmentvermögen erworben werden, die in den Vertragsbedingungen eine ausschließliche Anlage in Geldmarktinstrumenten und Bankguthaben vorsehen.

Der Anteil ausländischer Investmentfondsanteile kann bis zu 100 % des Investmentfondsanteil-Sondervermögens betragen.

(2) Derivate

1. Die Gesellschaft kann im Rahmen der Verwaltung des Sondervermögens Derivate einsetzen. Sie darf – der Art und dem Umfang der eingesetzten Derivate entsprechend – zur Ermittlung der Auslastung der nach § 51 Abs. 2 InvG festgesetzten Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten entweder den einfachen oder den qualifizierten Ansatz im Sinne der DerivateV nutzen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.
2. Sofern die Gesellschaft den einfachen Ansatz nutzt, darf sie ausschließlich die folgenden Grundformen von Derivaten oder Kombinationen aus diesen Derivaten oder Kombinationen aus Vermögensgegenständen, die gemäß § 19 Nr. 1 und 3 für das Sondervermögen erworben werden dürfen, mit diesen Derivaten im Sondervermögen einsetzen. Hierbei darf der nach Maßgabe von § 16 DerivateV zu ermittelnde Anrechnungsbetrag des Sondervermögens für das Zins- und Aktienkursrisiko oder das Währungsrisiko zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des Wertes des Sondervermögens übersteigen.
 - a) Terminkontrakte auf Vermögensgegenstände gemäß § 19 Nr. 3, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen;
 - b) Optionen oder Optionsscheine auf Vermögensgegenstände gemäß § 19 Nr. 3, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen und auf Terminkontrakte nach Buchstabe a), wenn sie die folgenden Eigenschaften aufweisen:
 - aa) eine Ausübung ist entweder während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit möglich und
 - bb) der Optionswert hängt zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswertes ab und wird null, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
 - c) Zinsswaps, Währungsswaps oder Zins-Währungsswaps;
 - d) Optionen auf Swaps nach Buchstabe c), sofern sie die in Buchstabe b) unter Buchstaben aa) und bb) beschriebenen Eigenschaften aufweisen (Swaptions);
 - e) Credit Default Swaps auf Vermögensgegenstände gemäß § 19 Nr. 1 und 3, sofern sie ausschließlich und nachvollziehbar der Absicherung des Kreditrisikos von genau zuordenbaren Vermögensgegenständen des Sondervermögens dienen;
 - f) Terminkontrakte, Optionen oder Optionsscheine auf Investmentanteile gemäß § 50 InvG dürfen nicht abgeschlossen werden.

3. Sofern die Gesellschaft den qualifizierten Ansatz nutzt, darf sie – vorbehaltlich eines geeigneten Risikomanagementsystems – in jegliche Derivate, mit Ausnahme von Derivaten auf Schuldscheindarlehen gemäß § 52 Nr. 4 InvG, investieren, die von Vermögensgegenständen, die gemäß § 19 Nr. 1 bis 3 für das Sondervermögen erworben werden dürfen, oder von Zinssätzen, Wechselkursen oder Währungen abgeleitet sind. Hierzu zählen insbesondere Optionen, Finanzterminkontrakte und Swaps sowie Kombinationen hieraus.
Hierbei darf der dem Sondervermögen zuzuordnende potentielle Risikobetrag für das Marktrisiko zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des potentiellen Risikobetrags für das Marktrisiko des zugehörigen Vergleichsvermögens gemäß § 9 der DerivateV übersteigen.
 4. Unter keinen Umständen darf die Gesellschaft bei diesen Geschäften von den in den „Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen“ oder in dem Verkaufsprospekt genannten Anlagegrundsätze und -grenzen abweichen.
 5. Die Gesellschaft wird Derivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung und der Erzielung von Zusatzerträgen einsetzen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anleger für geboten hält.
 6. Bei der Ermittlung der Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten darf die Gesellschaft jederzeit vom einfachen zum qualifizierten Ansatz gemäß § 8 der DerivateV wechseln. Der Wechsel zum qualifizierten Ansatz bedarf nicht der Genehmigung durch die Bundesanstalt, die Gesellschaft hat den Wechsel jedoch unverzüglich der Bundesanstalt anzuzeigen und im nächstfolgenden Halbjahres- oder Jahresbericht bekannt zu machen.
- (3) Wertpapierdarlehens- und –pensionsgeschäfte
Die §§ 7 und 8 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ sind bei den Anlagegrundsätzen und Anlagegrenzen zu berücksichtigen und gelten für die in § 19 Nr. 3 genannten Wertpapiere sinngemäß.
Die in Pension genommenen Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 60 Abs. 1 und 2 InvG anzurechnen. Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen der §§ 61 und 64 Abs. 3 InvG anzurechnen. Beträge, die die Gesellschaft als Pensionsnehmer gezahlt hat, sind auf die Grenze in § 4 Abs. 4 der Allgemeinen Vertragsbedingungen anzurechnen.
 - (4) Geldmarktinstrumente
Geldmarktinstrumente nach § 48 InvG dürfen bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens erworben werden.
 - (5) Bankguthaben
Bis zu 49 % des Wertes des Investmentfondsanteil-Sondervermögens dürfen für Rechnungen des Sondervermögens in Bankguthaben nach Maßgabe des § 4 Abs. 4 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gehalten werden.

Anlageausschuß

§ 21 Anlageausschuß

Die Gesellschaft bedient sich bei der Auswahl der für das Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses.

Anteilklassen

§ 22 Anteilklassen

Alle Anteile haben gleiche Rechte; verschiedene Anteilklassen gemäß § 10 Absatz 2 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ werden nicht gebildet.

Anteilscheine, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, Rücknahme von Anteilen und Kosten

§ 23 Anteilscheine

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

§ 24 Ausgabe- und Rücknahmepreis

- (1) Die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden börsentäglich ermittelt. An gesetzlichen Feiertagen, die Börsentage sind, sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres können die Gesellschaft und die Depotbank von einer Ermittlung des Wertes absehen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.
- (2) Der Ausgabeaufschlag beträgt 5,0 %¹⁾ des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.
- (3) Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben. Die Rücknahme erfolgt zum Anteilwert.

§ 25 Kosten der Verwaltung / Sonstige Kosten²⁾

- (1) Für die Verwaltung des Sondervermögens erhält die Gesellschaft täglich eine Vergütung von 1/365 von bis zu 2,0 %³⁾ des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.
Außerdem erhält die Gesellschaft bei Zinsswaps eine Provision von bis zu 0,05 %⁴⁾ des Nominalvolumens sowie 20 % der durch Wertpapier-Darlehensgeschäfte für das Sondervermögen erwirtschafteten Erträge.
- (2) Die Depotbank erhält täglich eine Vergütung von 1/365 von bis zu 0,10 %⁵⁾ des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.
- (3) Die Gesellschaft kann sich bei der Verwaltung des Sondervermögens beraten lassen. Hierfür erhält sie gegebenenfalls, zur Weitergabe an den Berater, monatlich eine Vergütung von 1/12 von bis zu 0,20 %⁶⁾ des jeweiligen Wertes des Sondervermögens am Ende eines jeden Monats.
- (4) Neben den der Gesellschaft, der Depotbank und ggf. Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
 1. Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
 2. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
 3. Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;

1) zzt. 5,0 %

2) Diese Regelung unterliegt nicht der Genehmigungspflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

3) zzt. 1,5 %

4) zzt. 0,05 %

5) zzt. 0,10 %

6) zzt. 0,20 %

4. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
 5. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlußprüfer der Gesellschaft;
 6. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 7. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
 8. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens.
- (5) Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschlüsse offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 50 InvG berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschlüsse berechnen.
- Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft, einer Investment-Aktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

15

Ertragsverwendung und Geschäftsjahr

§ 26 Thesaurierung der Erträge

Die Gesellschaft legt die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die Veräußerungsgewinne im Sondervermögen wieder an.

§ 27 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 1. Juli und endet am 30. Juni des folgenden Jahres.

FIRMENSPIEGEL

16

Fondsverwaltung

Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH
 Unter Sachsenhausen 2, 50667 Köln,
 Postfach 10 27 44, 50467 Köln
 Telefon (02 21) 1 45-03
 Telefax (02 21) 1 45-19 18
 Telex 8 882 547
 gezeichnetes und eingezahltes Kapital: EURO 6,9 Mio.
 haftendes Eigenkapital: EURO 7,0 Mio.
 (Stand 31.12.2003)
 gegründet: 1971

Gesellschafter

Sal. Oppenheim jr. & Cie.
 Kommanditgesellschaft auf Aktien, Köln

Aufsichtsrat

Detlef Bierbaum
 Vorsitzender
 Teilhaber des Bankhauses Oppenheim, Köln
 Christopher Freiherr von Oppenheim
 Stellvertretender Vorsitzender
 Teilhaber des Bankhauses Oppenheim, Köln

Prof. Dr. Gerhard Fels
 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts
 der deutschen Wirtschaft e.V., Köln

Prof. Dr. Thomas Hartmann-Wendels
 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bankwirt-
 schaft und Bankrecht an der Universität zu Köln

Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln

Dr. Christoph Hott
 Geschäftsführender Direktor des
 Bankhauses Oppenheim, Köln

Geschäftsführung

Dr. Bernd Borgmeier, Sprecher
 Dr. Rupert Hengster, Sprecher
 Dr. Thomas Ebertz
 Christof J. Kessler
 Ferdinand-Alexander Leisten (seit 01.01.2005)
 Wilhelm Thommes (bis 31.12.2004)
 Jürgen W. Urbahn
 Stephan Graf Walderdorff (seit 01.01.2005)

Depotbank

Sal. Oppenheim jr. & Cie.
 Kommanditgesellschaft auf Aktien
 Unter Sachsenhausen 4, 50667 Köln
 gezeichnetes und eingezahltes Kapital: EURO 200 Mio.
 haftendes Eigenkapital: EURO 1.141 Mio.
 (Stand 30.03.2004)

Kundenservice

Oppenheim Pramerica Fonds Trust GmbH
 Unter Sachsenhausen 4, 50667 Köln
 Service-Telefon (0 18 02) 145 145
 Telefax (02 21) 1 45-29 00

Vertrieb

portfolio concept GmbH
 Max-Pechstein-Str. 23
 50858 Köln

Wirtschaftsprüfer

KPMG
 Deutsche Treuhand-Gesellschaft
 Aktiengesellschaft
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
 Am Bonneshof 35, 40474 Düsseldorf

Fondsverwaltung

OPPENHEIM
KAPITALANLAGE-
GESELLSCHAFT MBH

Unter Sachsenhausen 2
50667 Köln
Telefon (02 21) 145-03
Telefax (02 21) 145-19 18
www.oppenheim.de
